



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

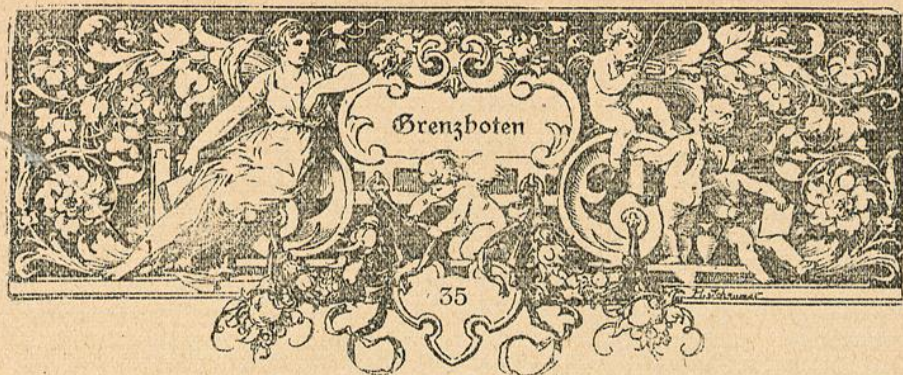
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hadubert: Die "östliche Neuorientierung"

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die „östliche Neuorientierung“

Von Hadubert



Die vornehmlichste Aufgabe, die unserer Politik aus dem Charakter dieses Krieges erwuchs, lag in der Sprengung der Koalition, die sich zum Kampf gegen uns vereinigt hat. Die klaffenden Interessengegensätze, die der gemeinsame Kriegswille im Ententelager nur mühsam unterdrücken konnte, boten für eine Lösung dieses Problems Ansatzpunkte genug. Mit welchem Maße an politischer Geschicklichkeit die leitenden Stellen diese Aufgabe angegriffen, ja wie weit sie sie überhaupt für aussichtsreich und lösbar gehalten haben, wird erst der Geschichtsschreiber späterer Generationen feststellen können. Die öffentliche Meinung bei uns hat ohne Zweifel die Festigkeit des feindlichen Bündnisses unterschätzt. Zu Anfang des Krieges wurden vereinzelt Stimmen laut, die eine Lostrennung Frankreichs für möglich hielten. Sie sind schnell genug verstummt und heute ist man sich wohl im allgemeinen darüber einig, daß der Bund der westlichen Demokratien unter angelsächsischer Hegemonie so fest ist, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach den Krieg überdauern wird und demnach auch für die weitere Folgezeit als ein fester Faktor unserer politischen Berechnungen gelten muß. Der Zusammenhang innerer und äußerer Politik erwies sich auch an diesem Beispiel als wirksam. Die Ähnlichkeit innerer Einrichtungen und die Gemeinsamkeit tragender innerpolitischer Grundideen begünstigte bei den westlichen Ententemächten die Verfestigung einer Solidarität trotz allen wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessengegensätzen, die von unseren positivistischen Politikern in ihrer Tragweite gewaltig überschätzt worden sind.

Unnatürlich erschien aus dem gleichen Grunde von vornherein das Bündnis des autokratischen Rußland mit diesen westlichen Demokratien. Und so war es nicht lediglich eine an Deutschlands Mittellage orientierte Geographie, die uns West und Ost als getrennte feindliche Lager empfinden ließ, deren Gegensatz ein wichtiges Moment unserer politischen Berechnungen für den Friedensschluß und darüber hinaus bedeutet. Und sobald unsere politische Öffentlichkeit die Probleme dieses Krieges unter weltpolitischen, weit über die Gegenwart hinausgreifenden Perspektiven zu erfassen und zu durchbringen begann, schieden sich deutlich die Meinungen über das Schwergewicht der einzelnen uns heute feindlichen Mächte, über Notwendigkeit und vor allem über Dauer dieser Feindschaften.

Es wird eine lohnende Aufgabe für einen späteren Historiker dieses Krieges sein, die mannigfachen Motivationsreihen herauszufizieren und sauberlich zu sordern, die für diese Parteinung der Kriegs- und Friedensziele richtunggebend waren. Innerpolitische Solidaritäten und Gegensätze haben diesen jeweiligen Verstän-

digungswillen oder aber die Unversöhnlichkeit nach West oder Ost ohne Zweifel unterirdisch beeinflusst. Man braucht nur daran zu erinnern, wie Bethmann Hollweg den rein innerpolitischen Gegensatz unserer Sozialdemokratie gegen den Zarismus nicht ohne Geschick zur Stärkung des Kriegswillens unserer Massen ausgenützt hat. Seit ein glatter und überwältigender Sieg auf allen Fronten schon angesichts des Verlustes unserer Kolonien zur Unwahrscheinlichkeit wurde, rang sich gewissermaßen rein kriegspolitisch bei uns die Einsicht durch, daß in dem kommenden Friedensschluß Kompensationen eine große Rolle spielen würden, so daß wir uns von vornherein darüber klar sein müßten, welche Gewinne hier uns selbst mit Verzicht oder Bescheidung an anderer Stelle nicht zu teuer erkaufte wären.

In engem Zusammenhang mit diesem Problem trat immer gebieterischer die Frage vor uns hin, wer als der eigentliche Feind in diesem Kriege zu betrachten sei. Die unglückliche Verquickung dieser Fundamentalfolge mit der nach dem Urheber des Krieges hat erst kürzlich einen unserer leitenden Männer zu der überschlauen Verlegenheitsauskunft geführt, den gänzlich erledigten Zarismus zum Sündenbock zu machen. Wenn durch derlei parlamentarische Klopffechtereien der Kriegswille unserer Feinde fortargumentiert werden könnte, dann wollte man sie gewiß gelten lassen. Dazu sind diese rhetorischen Mittelchen aber nun wirklich zu leichten Kalibers. So wurde durch solche Begütigungsversuche lediglich das für unser Volk unendlich wichtige Problem verdunkelt, wer in diesem Stadium des Krieges, wo der Zarismus erledigt und das offizielle Rußland vom Kriegsschauplatz abgetreten ist, als unser eigentlicher Feind anzusehen sei. Die Frage nach dem Urheber des Krieges — von den feindlichen Staatsmännern bis zur Übermüdung durchgehkehelt, — wird immer akademischer, oder, wenn man will, parlamentarischer. Zur Lösung jener anderen wichtigeren Frage trägt sie kaum mehr etwas bei. Vielmehr zerlegt sich die in die Teilprobleme, welcher unserer Feinde in der Gegenwart an Machtmitteln der gefährlichste und in seinem Kriegswillen der zähfeste, welcher in Zukunft der subjektiv unversöhnlichste und objektiv in seinen Interessen den unsrigen am schroffsten entgegenstehende ist.

Für die ersten beiden Teilfragen kommen natürlich nur die Mächte in Frage, die heute noch mit uns im Kampfe stehen. Und je mehr in diesem Kampf die wirtschaftlichen Faktoren an Entscheidungsschwere zunehmen, desto klarer wird es uns, daß nicht die romanischen, sondern die angelsächsischen Völker unsere gefährlichsten Feinde sind und destomehr neigt sich die Waagschale dieser Entscheidung zugunsten des wirtschaftlich unverbrauchten, durch seine Herrschaft über die Rohstoffe wichtigeren, an Menschen- und Kapitalreserven mächtigeren Amerika. Was die Fähigkeit des Kriegswillens anlangt, so scheiden erst recht die kleineren Völker, also auch Italien und vollends die vielen Mitläufer der amerikanischen Kriegserklärung, aus. Auch in Amerika sind wir nach unserer Kenntnis der Lage noch immer geneigt, den kriegsfeindlichen pazifistischen Strömungen eine größere Bedeutung als in Europa beizumessen. Schwerer zu entscheiden ist die Frage, ob England oder Frankreich den zäheren Kriegswillen zeigen. Wer zu Anfang dieses Krieges Frankreich nur die jäh aufflackernde, aber schnell verglühende Kriegsleidenschaft einer Hysterika zugetraut hat, ist jedenfalls inzwischen eines besseren belehrt worden. Auch muß die Tatsache, daß unsere Heere weit im Innern dieses Landes stehen, stets aufs neue aufstachelnd auf den Kriegswillen der ohne Zweifel heroischen französischen Nation wirken. Sehen wir dort vor allem die irrationalen Faktoren die Kriegsmüdigkeit niederhalten, so spielt in England mehr die kalte und zielbewußte Entschlossenheit, die deutsche Weltmacht Konkurrenz ein für allemal zu erledigen, als unbefiegliger kriegsverlängernder Faktor die entscheidende Rolle.

Wenn wir nun die Erwägung auf die letzten beiden Teilfragen ausdehnen, wer von unseren Feinden in Zukunft als der subjektiv unversöhnlichste und objektiv uns in seinen Interessen am meisten konträre anzusehen sei, so erweitert sich der Kreis der fraglichen Mächte auch auf die, mit denen wir bereits Frieden geschlossen haben. Und das mit Vollziehung des Offfriedens scheinbar begrabene

Problem Ost oder West feiert damit seine Auferstehung. Daß die Mentalität des Franzosen den günstigsten Boden für eine fortschwärende Revancheleidenschaft abgibt, ist Allgemeingut unserer öffentlichen Meinung. Für England und Amerika verliert die Frage an Bedeutung, weil eine wirklich absolut demütigende Niederrückung dieser beiden Staaten nach Lage der Dinge nicht im Bereich des Wahrscheinlichen liegt, für Amerika noch weniger, als für England. Dagegen bleibt es für uns eine wichtige Frage, ob in dem von uns besiegten Rußland mit einem politisch ernst zu nehmenden Revanchegeanken zu rechnen sei. An und für sich legt die passive und füglame Natur des Slawen einen solchen Gedanken nicht nahe, um bloßer Prestigefragen willen wird sich der Russe nie in einen Krieg stürzen lassen, während der außerordentliche nationale Idealismus des Franzosen dazu sehr wohl fähig ist. Wenn hier der durch die liberalisierende Ara Stolypin heraufgeführte russische Volkssimperalismus auch nicht übersehen wird, so darf doch von einem Revanchegeanken als Massenerregung beim Russen schon deshalb nicht gesprochen werden, weil dieses unförmliche, pleonektische und unorganische Riesengebilde des ehemaligen russischen Reiches selbst die namhaften Amputationen durch den Brester Frieden nie und nimmer als solche empfinden kann, wie etwa Frankreich die Abtrennung Elsaß-Lothringens zugleich an jedem Punkte seines nationalen Leibes mitempfind. Wenn also auch eine durchgreifende Revanchebestimmung in Rußland nicht zu erwarten ist, so bleibt die Frage seiner dauernden Unversöhnlichkeit doch aufs engste mit der anderen verschwistert, welche Regierungsform sich dort zur dauernden Geltung durchbringen wird. So lange dort mit dem bolschewistischen Regime die Massenträgheit letztlich den politischen Ausschlag gibt, ist an kriegerische Energie irgendwelcher Art natürlich nicht zu denken. Auch die Gefahr, daß eine Diktatur vom Schlage Napoleons diese Massen aus ihrer Lethargie wachrüttelte und in kriegerische Abenteuer hineinriße, liegt dort nicht vor. Alle Augenzeugen dieser maßlosen Desorganisation des großen russischen Zentralismus sind sich darüber einig, daß eine Disziplinierung dieser gänzlich verwilderten Massen auf Jahrzehnte hinaus völlig ausgeschlossen ist. Dagegen ist für eine spätere Zukunft immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß mit der Wiederaufrichtung eines haltbaren politischen Zentralismus aus dem Schoße der alsdann herrschenden sozialen Kreise wieder eine politische Aktivität entstehen könnte, in der die Gebietsverluste des Brester Friedens beachtliche Revanchebestimmungen auslösen könnten. An diese Möglichkeit ist vor allem denjenigen gegenüber zu erinnern, die Rußland durch die augenblicklichen Wirren ein für allemal als machtpolitisch erledigt ansehen.

Schon das bloße Erwachen und erst recht das politische Bedeutsamwerden einer wirklich durchgreifenden Revancheleidenschaft in breiteren Schichten des russischen Volkes ist aber an so viele hypothetische Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft, daß dieser Faktor im Augenblick in unseren Berechnungen und Erwägungen sehr weit in den Hintergrund treten kann. Ungleich wichtiger als die subjektiven bleiben allen gegenteiligen Erfahrungen zum Trotz auf die Dauer doch die objektiven Gegensätze der Staaten, die sich in diesem fürchterlichen Kriege so unheilvoll ineinander verbissen haben. Neben den weltanschaulichen und innerpolitischen Gegensätzen sind es wirtschafts- und machtpolitische, die hier die ausschlaggebende Bedeutung für das zukünftige Verhältnis der kriegsführenden Staaten haben. Aber diese Gegensätze sind trotz ihrer Objektivität und Gegebenheit doch auch wieder abhängig von den Wegen, die der weltpolitische Wille der beteiligten Völker in Zukunft einschlägt. Ein überseeisches Programm bringt uns in schärferen Gegensatz zu England als ein kontinentales, ein Desinteressement an einem Punkte entlastet, ein Engagement belastet uns in einer jeweils vorher bestimmbareren Richtung. Beides aber ist abhängig von den Zielen, die unser weltpolitischer Wille sich selber setzt, oder die die allgemeine Weltlage und nicht zuletzt der Ausgang dieses Krieges ihm offen läßt.

So zeigt es sich denn, daß die letzte und wichtigste Frage nach den objektiven Interessendivergenzen nicht mit der Beschaulichkeit des Forschers und

Analysierers, sondern nur mit der Entschlossenheit und Zielbewußtheit des aktiven Staatsmannes oder des politischen Programmierers zu lösen ist. Hier ruht jede Lösung auf einem System von Forderungen. Verhängnisvoll bleibt aber auch hier der Gesichtswinkel des Pazifisten, der Reibungen überhaupt für vermeidbar hält, weil ihm die Stagnation der vertraglich festgelegten Machtverhältnisse das politische Ideal ist. Wer den Willen zur Machterweiterung von der Gesundheit des Staates für unabtrennlich hält, muß diesem Willen auch die Freiheit zuerkennen, sich selber die Richtung zu suchen. Und eben in der Anerkennung dieser Freiheit liegt zugleich der Verzicht auf die Möglichkeit objektiver Vorherberechnung der Parallelen und der Divergenzen dieser einzelstaatlichen Willensrichtungen einbeschlossen.

Die Frage nach dem „eigentlichen Feind“ entzieht sich also bei näherem Zusehen der eindeutigen und frischfröhlichen Lösung, die mancher schnellfertige Politikaster mit Händen zu greifen glaubt. Und es ist sehr begreiflich, daß auch heute nach Abschluß des Friedens mit Rußland die Frage Ost oder West noch eine sichtlich Scheidung der Geister bewirkt und daß die einen mit dem Ausschneiden Rußlands den Krieg gewissermaßen erst zu sich selbst gekommen glauben, während die anderen in seinem Fortdauern ein jederzeit durch „Verständigung“ aus der Welt zu schaffendes Mißverständnis sehen. Aus dieser fortbestehenden Problemlage ist jene politische Richtung bei uns zu begreifen, die sich unter dem Leitziel der öflichen Neuorientierung vereinigt hat und die in mannigfachen Organen wie der „Bösischen Zeitung“ und einigen Zeitschriften, wie der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, zu bereitem Ausdruck kommt. Dieses politische Programm sieht den eigentlichen gefährlichen und fortdauernden Feind im Angelfaschismus und zieht daraus die Folgerung, daß wir zu Rußland ein möglichst gutes Verhältnis mit allen Mitteln anzubahnen haben, um nicht nur den Rücken für den entscheidenden Kampf im Westen freizubekommen, sondern darüber hinaus für die folgende Epoche eines Wirtschaftskampfes mit der Entente uns mit dem nahen und vielleicht sogar mit dem fernen Osten zu einer interessen-solidarischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen.

In den Kreisen, die diese Anschauungen vertreten, wird man nicht selten auf die Meinung stoßen, der Sturz des Zarismus habe den Boden für ein besseres Verhältnis zum neuen Rußland geschaffen. Insbesondere in sozialistischen Kreisen, in denen diese öfliche Neuorientierung auch stellenweise Fuß gefaßt hat, wirkt gewiß eine stimmungsmäßige Sympathie mit dem jungen sozialistischen Rußland bei diesen Versöhnungstendenzen mit. Demgegenüber verlohnt es wohl daran zu erinnern, daß gerade im Zeichen des Zarismus in den Zeiten der heiligen Alliance und von dort aus noch lange nachklingend ein warmes Verhältnis zwischen Preußen-Deutschland und Rußland bestanden hat, und daß Bismarck gerade in den dynastischen Beziehungen die beste Gewähr eines fortdauernden guten Verhältnisses beider Staaten sah. Nicht sowohl der Zarismus war der Friedensstörer, als vielmehr jene liberalen nationalistischen Bourgeois-kreise der russischen Kadettenpartei, die bei einem etwaigen Umschwung in Rußland am ehesten Aussicht haben, auf längere Zeitstrecke das Erbe des Bolschewismus anzutreten, dessen Tage über kurz oder lang doch gezählt sind. Ebenso wenig wie wir in der Randvölkerfrage auf die Dauer einzig die Befreiungsideologie Bethmannschen Angedenkens festhalten werden, sondern uns daneben ehrlich zu einem Programm der deutschen Machterweiterung nach Osten bekennen müssen, das den Tatsachen entspricht und aus ihnen leicht genug abzulesen ist, ebenso wenig sollten wir uns durch innerpolitische Solidaritäten oder Antipathien in unseren Beziehungen zum revolutionären Rußland leiten, sondern uns von jenen politischen Richtlinien den Weg vorzeichnen lassen, die an der Möglichkeit gedeihlichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeitens mit dem gesamten slawischen Osten orientiert sind. In diesem allgemeinen Sinne begrüßen und bejahen wir die „öfliche Neuorientierung“, ohne uns damit auf die Mittel festlegen zu wollen, die in weiten Kreisen ihrer Vertreter für die allein richtigen und erfolgverheißenden angesehen werden.

An diesem Punkt trennt sich unsere Auffassung vor allem von der bis zur Ermüdung in der „Vossischen Zeitung“ von Georg Bernhard vertretenen Anschauung, die wichtigste Forderung der östlichen Neuorientierung sei äußerste Milde in den Friedensbedingungen, d. h. gegenwärtig eine Revision des Brestervertrages und ein Verzicht auf die nordlivländische und estländische Küste. Daß die Düna oder gar die berüchtigte Demarkationslinie des Brestervertrages eine völlig unmögliche Grenze abgebe, ist jedem Kenner der ethnischen Verhältnisse im Baltikum unmittelbar einleuchtend. Fast möchte man angesichts der sicheren Konsequenzen einer solchen Regelung den Verzicht auf das gesamte Baltikum der Angliederung eines bloßen Teiles an Deutschland vorziehen. Ein solch unerhörtes Herunterschrauben des gewonnenen Einflusses im nahen Osten wäre aber ein so offenkundiger Beweis politischer Schwäche und wäre mit einer derartigen Einbuße an Prestige bei Rußland und der ganzen Internationale verknüpft, daß daran wohl auch die extremen Verfechter eines haltlosen Veröhnungsprogrammes nicht im Ernst denken. Schon die Tatsache, daß wir das militärisch von den Russen seit langem aufgegebenes Liv- und Estland, das uns kampflös in die Hände gefallen wäre, nicht viel früher besetzt haben, hat in Rußland nach übereinstimmendem Bericht aller Augenzeugen nur erstauntes Kopfschütteln erzeugt. Das Hinauszögern einer endgültigen Regelung der baltischen Frage wirkt dort im Grunde aufs äußerste verstimmend, schwächt das deutsche Prestige in allen Kreisen, weckt den nationalen Größenwahn der Unterschicht und deren Selbständigkeitsgelüste und bereitet englischen Hezereien und Wühlereien den Boden. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die Verhältnisse des Landes vor und nach der Okkupation genau kennt und soeben Gelegenheit gehabt hat, mit deutschen, lettischen und estnischen Führern des Landes Fühlung zu nehmen, ist erstaunt über die Einstimmigkeit, mit der alle das Fortdauern des Provisoriums verurteilen und zugleich auf die englischen Machenschaften hindeuten, die in Estland begonnen und neuerdings auch auf das lettische Livland übergegriffen haben. Nicht die Russen sind es, deren Agitation dort die Angliederung des Landes an Deutschland untergräbt, nicht sie sind es, die bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Frucht eines deutschen Verzichts auf beherrschenden Einfluß im baltischen Lande ernien würden, sondern durch Stärkung des estnischen und lettischen Separatismus sucht England sich dort ein neues Belgien an der Ostsee zu schaffen, dessen Scheinselbständigkeit ihm die Errichtung einer Basis für seinen Einfluß nach Rußland und für einen fortwährenden Druck auf Deutschland zum glücklichen Geschenk machen müßte. Diejenigen Vertreter der östlichen Neuorientierung also, die in England den eigentlichen und gefährlichsten Feind sehen, haben am allerwenigsten Anlaß, einer Regelung der baltischen Frage das Wort zu reden, die zwar zugunsten Rußlands gedacht sein mag, tatsächlich aber einzig zum Nutzen Englands und damit gleichermaßen zum Schaden Deutschlands und Rußlands ausschlagen würde.

Daß wirtschaftliche Interessen Rußland den Besitz des Baltikums wünschenswert erscheinen lassen, soll nicht bestritten werden, allein in dem Zustande der Gärung, in dem sich Rußland aller Voraussicht nach noch auf Jahre hinaus befinden wird, spielen diese weltwirtschaftlichen Gesichtspunkte im Umkreise seiner Interessen nicht die erste Rolle. Der Besitz Finnlands, der Ostseeprovinzen, Litauens und Polens bedeutete aber andererseits für Rußland eine Belastung mit kulturellen und nationalen Problemen, denen es sich nicht gewachsen gezeigt hat. Das alte Rußland mit seiner unorganischen Zusammenballung von Völkern verschiedener Kulturgrade ist durch den Weltkrieg abgetan worden. Nicht der historischen Reaktion zu dienen und das durch den Nichtspruch einer großen und entscheidungsschweren Zeit Zertrümmerte willkürlich und mühsam auszuflicken, kann nunmehr unsere Aufgabe sein, die Loslösung der von Rußland nie als wahrhaft zugehörig empfundenen Randvölker ist vollzogene Tatsache. Sie ist durch die Interessen deutscher Machterweiterung und durch ethnische und kulturelle Entfremdung dieser Völkerschaften gegenüber Rußland gleichermaßen begründet und könnte nur durch einen Akt doktrinärer Willkür rückgängig gemacht werden.

Nicht mehr die Loslösung der Randvölker, sondern nur noch ihre staatliche Organisation und die Verfestigung ihres Verhältnisses zu Deutschland ist das entscheidungsschwere Problem der Stunde. Gelingt es Deutschland in den nächsten Jahrzehnten, die Einwohner dieser Gebiete aus kulturellen, die sie bereits ihrer Geschichte nach sind, zugleich zu politisch zielbewußten und überzeugten Mitteleuropäern zu machen, so ist auch das schattenhafte Problem einer russischen Revanche erledigt. Nie wird sich dem reduzierten Rußland die Aussicht eröffnen, diese Völkerschaften gegen ihren Willen zurückzuerobern. Die Frage der russischen Revanche ist für uns also mit dem Frieden von Brest-Litowsk zu einer innerpolitischen, zur Frage der richtigen Behandlung und politischen, nicht nationalen Assimilation der Randvölker geworden. Diese Behandlungsfragen freilich können nicht wichtig genug genommen werden, an ihnen hängt alles, sie entscheiden absolut.

Also kein Schwanken in der Randvölkerfrage! Sie ist entschieden und der Russe ist nicht der Mann, der an vollzogenen Tatsachen ernsthaft rüttelt. Von größter Wichtigkeit ist es dagegen, wie weit wir uns mit der Loslösung der Ukraine von Rußland und mit dem gegenwärtigen bolschewistischen Regime politisch identifizieren. Das Programm der öflichen Neuorientierung ist von denen nicht in seiner wahren Bedeutung ergriffen worden, die in den Bolschewisten unsere wahren Freunde sehen, weil sie Rußland politisch auf Jahrzehnte in Grund und Boden ruinieren, und die den kraftlosen Zerfall Rußlands in lebensunfähige Teile bejubeln, weil er uns von der russischen Bedrohung befreit. Die Gefahr einer Balkanisierung Rußlands mit ihrer dauernden Gefährdung des europäischen Friedens wird hier gewaltig unterschätzt. Ich habe an dieser Stelle bereits in den ersten Monaten der russischen Revolution betont,<sup>\*)</sup> daß wir an der politischen Schwächung und Zersetzung Rußlands nur ein bedingtes Interesse haben, weil insbesondere die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland uns bei währendem Kampfe im Westen und nach dem allgemeinen Frieden bei fort-dauerndem Wirtschaftskrieg mit der Entente zur vitalen Notwendigkeit werden kann. Je unerlöser der Krieg im Westen erscheint, desto wichtiger wird dieser Gesichtspunkt für unser Verhältnis zu Rußland. Er wird zu einem Kernpunkt der öflichen Neuorientierung und hat vor jener ängstlichen Rücksichtnahme auf etwaige spätere Revancheneigungen der Russen den Rea'ismus einer Forderung des Tages voraus. Unser bisheriges Rezept, große Teile des ehemaligen Rußland der politischen und wirtschaftlichen Desorganisation durch den Bolschewismus und dem politischen Terror überhaupt zu entziehen, ist unter diesem Gesichtswinkel das einzig Mögliche. Und auch die von uns begünstigte Verbürgerlichung des Regimes in der Ukraine gibt meinen Argumentationen recht, wie sie andererseits auch an den früher hier aufgezeigten Zirkel erinnert, daß wir mit dieser durch wirtschaftliche Genesung begünstigten Erstarkung des russischen Nachbarn uns möglicherweise selber für die Zukunft einen Feind groß ziehen.

Wir mußten in Großrußland die Sowjetregierung schon deshalb stützen, weil sie für den Augenblick die beste Gewähr für einen entschlossen ententefeindlichen Kurs Großrußlands bot. Sollte aber die ententefeindliche Stimmung auch auf andere Schichten Rußlands übergreifen und es einer bürgerlichen Partei ohne unser direktes Zutun gelingen, die Macht an sich zu reißen, so wird für unsere Diplomatie der Augenblick gekommen sein, wo sie durch die Tat die Fähigkeit zu schnellen Entschlüssen und zu geschicktem kasuistischem Operieren beweisen muß, auf die sie sich soviel zugute tut. Denn nichts kann uns auf die Dauer in der öffentlichen Meinung Rußlands so sehr schaden, als wenn wir uns länger als irgend nötig mit dem Odium mitbelasten, das die bolschewistische Mißregierung auf ihr Haupt gesammelt hat.

<sup>\*)</sup> Vgl. meinen Aufsatz: „Russische Möglichkeiten und deutsche Zukunft“ „Grenzböten“ 1917. Heft 33.

Während also in der Grenzvölkerfrage absolute Festigkeit und Intransigenz die einzig erfolgverheißende Lösung ist, an der auch die östliche Neuorientierung nichts zu drehen und zu deuteln hat, ist in unserer Stellungnahme zum gegenwärtigen bolschewistischen Regime eine durchaus relativistische und opportunistische Politik des Abwartens geboten, die sich möglichst wenig festlegt, sondern sich für alle Möglichkeiten der russischen Krisis freie Hand wahrt. Ähnliches gilt auch für die Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland. Solange der Prozeß der bolschewistischen Zersetzung und der Bürgerkrieg in Rußland fortdauert, haben wir schon aus wirtschaftlichen Gründen alles Interesse daran, die Ukraine vor diesem Schicksal zu bewahren und sie möglichst schnell der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zuzuführen. Einem etwaigen Übergreifen dieses Konsolidierungsprozesses aus der Ukraine auf Großrußland, oder einer späteren Wiederannäherung an ein staatlich lebensfähiges Großrußland dürfen wir uns aber nur so weit entgegenstellen, als eine namhafte separatistische Partei in der Ukraine selber uns den nötigen Rückhalt gewährt. Gegen den Willen der beiden Völker ihre Wiedervereinigung hintanzuhalten, ist ein politisch aussichtsloses Unternehmen und ein überaus bedenkliches Engagement mit inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. Nicht ausgeschlossen erscheint sogar, daß eine solche Wiederannäherung, falls sie sich mit einer gewissen politischen Notwendigkeit durchsetzen sollte, für uns eine bedeutsame Brücke zum Einfluß auf das neue Großrußland werden kann, falls es uns bis dahin gelungen ist, in der Ukraine genügend festen Fuß zu fassen. Denn dank unseren Unterstützungen ist die Ukraine in der Lage, sich relativ schnell vom Kriege zu erholen und den Bürgerkrieg in sich zu überwinden, so daß es vor dem völlig erschöpften Großrußland einen namhaften Vorsprung im Prozesse politischer Genesung haben muß, den wir bei einigem politischen Geschick sehr wohl zu unseren Gunsten nutzen können.

All dies betrifft Einzelfragen der Neuregelung unseres Verhältnisses zum östlichen Staatenkomplex, der auf dem Boden des einstigen Rußland politische Gestalt gewinnt. Die ganze Frage hat aber einen tieferen politischen Sinn und weist auf weitere weltgeschichtliche Perspektiven. Wenn uns nicht alle politische Einsicht täuscht, so erleben wir heute das Ausscheiden der romanischen Völker aus dem Konzert der primär entscheidenden Weltmächte. Frankreich jedenfalls hat sich in eine Abhängigkeit von England begeben, von der es sich selbst bei einem Siege der Entente nicht befreien könnte. Wir haben keine Aussicht, uns mit diesem einstmalig weltgebietenden Reich enger zu verbünden, wir haben aber auch keinen Anlaß, eine solche Liaison mit einem niedergehenden, alternden, überreifen Kulturreich zu wünschen. Wir schleppen schon allzu viel Vergangenheit im mitteleuropäischen Bündniskomplex mit. Wir brauchen Verbündung mit zukünftigen aufstrebenden Mächten, wir brauchen ein Engagement in lockeren, bildsamen, fließenden, nicht in festen, starren, stagnierenden Verhältnissen. Das Angelsächsentum wird unser Feind bleiben, weil es gleich uns noch Zukunft hat und weil es uns rassenmäßig zu nahe verwandt ist. Bruderzwist ist am unveröhnlichsten. Wir können uns nach Westen verständigen, wenn wir die Kraft unserer Selbstbehauptung der Welt durch unsere Unbesieglichkeit erwiesen haben, aber wir werden stets auf der Hut sein müssen, nicht durch Verständigung zum Vasallen zu werden. Im Westen müssen wir uns gegebenen Verhältnissen fügen, im Osten können wir junge Kräfte entbinden und an der Wiege einer ungeahnten Entwicklung Pate stehen. Das Erzkiebertum steckt uns tief im Blute, das unorganische Massenkonglomerat Rußland bedeutete eine primitive Notform der staatlichen Durchorganisation der Nationen Osteuropas. Diese Notform ist zerbrochen, nur die bare Reaktion kann ihre Wiederherstellung verlangen. Die Neugestaltung des slawischen Ostens, die mit der Loslösung der Balkanstaaten von der Türkei vor etlichen Jahrzehnten begonnen hat, ist die große politische Aufgabe des nächsten Jahrhunderts. Schon sind Amerika, Japan und England auf dies große geschichtliche Problem aufmerksam geworden. Mit Knirschen bemerken sie den Vorsprung, den unserem Einfluß der Sonderfriede mit Rußland gibt. Ob

uns das erste Wort bei dieser Neuorientierung des europäischen Ostens gelassen wird, das uns der Schiedspruch unseres guten Schwertes gegeben hat, das wird erst auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Flanderns und der Champagne oder zur See endgültig entschieden werden. Man liebt uns gewiß nicht in Rußland, das ist auch einstweilen nicht nötig, aber ganz Rußland ist voll einer ungeheuren Bewunderung vor unseren Leistungen. Diese Achtung, die beim Slawen die entscheidende Regung ist, diesen großen Respekt brauchen wir. Wir gewinnen ihn durch Festigkeit, wir verscherzen ihn durch Nachgiebigkeit. Das Hervortreten der Angst vor einer russischen Revanche ist in diesem Betracht für unsere zukünftige Stellung in Osteuropa verhängnisvoll. Jedes Zurückweichen saßt der Slawe lediglich als Schwäche auf. Daraus folgt das Gebot für die östliche Politik, nie den Bogen so weit zu überspannen, daß Rückzieher unvermeidlich werden. Insbesondere gilt dies für Eingriffe in die inneren Fragen des eigentlichen Rußland, das erst jenseits des Baltentandes, Litauens und Polens beginnt. Dieser Gürtel, für uns der nahe Osten, gehört zu Mitteleuropa. Darüber dürfen diese Völker, darf Rußland, darf die Welt keinen Zweifel behalten. Das ist die eine Forderung der östlichen Neuorientierung. Die andere lautet, daß wir dem mittleren Osten, dem Kern des einstigen russischen Reiches, bei seiner staatlichen Verfestigung soweit behilflich sein wollen, daß wir dort nicht als Diktatoren, sondern als wohlwollender Nachbar mit starken gemeinschaftlichen Wirtschaftsinteressen empfunden werden. Wie weit sich auf dies Programm auch noch eine Neuorientierung unseres Verhältnisses zum fernen Osten bauen läßt, wird der weitere Verlauf des Krieges zeigen. Auch diese Probleme drängen zur Lösung und sind des eindringlichsten Studiums der berufenen politischen Führer unseres Volkes wert. Für heute fallen sie aus dem Rahmen dieser Betrachtung, die das Programm der östlichen Neuorientierung von den Schlacken zu reinigen suchte, die ihm aus Sentimentalität und Verkennung der russischen Mentalität bei uns in weiten Kreisen noch immer anhaften.



## Der Völkerbund

Von Dr. Trautmann

III. \*)



Die Haltung der Neutralen zu der Völkerbunds-idee ist nicht ohne Wichtigkeit. In den Parlamenten der Schweiz und in Holland haben bereits Diskussionen der Idee stattgefunden. In der Schweiz hat sich der Bundespräsident Calonder am 6. Juni im Nationalrat über die Frage des Völkerbundes ausgesprochen. Seine Ausführungen, die von hohem politischen Verständnis zeugen, verdienen aus mehr als einem Gesichtspunkt großes Interesse. Ich möchte die wichtigsten Stellen hier wiedergeben:

„Trotz allen Hoffnungen, mit denen wir der Entwicklung dieses großen Gedankens entgegenblicken, dürfen und wollen wir den Boden der Wirklichkeit in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft keinen Augenblick verlassen. Wir alle stimmen darin überein, so nehme ich an, daß die Schweiz nicht unter allen Umständen sich einem Völkerbund oder einer anders benannten neuen internationalen Organisation anschließen soll, sondern nur dann, wenn dabei der Fortbestand unserer nationalen Eigenart und Selbständigkeit und unsere Gleich-

\*) Vgl. Heft 34 vom 23. August 1918.